

**Tagesordnung I Punkt 3.1 der öffentlichen Sitzung am 27. Januar 2015**

Vorlagen-Nr. 15-F-33-0008

**Umweltfreundliches Mobilitätskonzept für den Konzern Stadt (TOP 3)  
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 27.01.2015**

Der überwiesene Antrag führt zahlreiche und wesentliche Elemente an, die für ein zukunftsfähiges Mobilitätsmanagement in Wiesbaden notwendige Erfolgsfaktoren darstellen. Trotz des zum Teil erheblichen Aufwandes sind die beschriebenen Maßnahmen zu begrüßen. Fraglich ist jedoch ob dies im Rahmen einer eigenständigen Planung erfolgen soll. Dies würde den bereits in Vorbereitung oder Aufstellung befindlichen Plänen, etwa dem VEP oder dem Radwegeplan, insbesondere aber dem Gedanken eines ganzheitlich zu denkenden integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für Wiesbaden entweder vorgereifen, vorbeilaufen oder gar entgegenstehen.

Der Ausschuss wolle daher beschließen:

- 1) Der Magistrat wird gebeten, dem Ausschuss zum aktuellen Sachstand zu berichten.
- 2) Der überwiesene Antrag wird als Arbeitsmaterial an den Magistrat überwiesen.
- 3) Der Magistrat wird gebeten, bei den laufenden Planungen, insbesondere zum VEP und WISEK, die aufgeworfenen Fragestellungen zu berücksichtigen.

---

**Beschluss Nr. 0018**

Der Antrag wird als gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis90/Die Grünen in folgender Fassung beschlossen:

- 1) Der Magistrat wird gebeten, dem Ausschuss zum aktuellen Sachstand zu berichten.
- 2). Die folgenden Punkte I - III (vormals 1-3) des Überweisungsbeschlusses der Stadtverordnetenversammlung BP 0556 vom 18.12.2014 werden als Arbeitsmaterial an den Magistrat überwiesen:

I. Analyse der Ist-Situation / Erhebung von Daten, z.B.:

- Anzahl der Beschäftigten (Stadtverwaltung, Eigenbetriebe, Gesellschaften mit städtischer Mehrheitsbeteiligung in Vollzeit / Teilzeit / Homeoffice)
- Quell- / Zielanalyse (Wohnorte der Beschäftigten)
- Verkehrsmittelwahl (Wie kommen die Arbeitnehmer/innen zur Arbeit)
- Inanspruchnahme und Bereitstellung des Jobtickets (Wie wird das Jobticket angenommen, in welchen Gesellschaften mit städtischer Beteiligung wird ein Jobticket angeboten)

- Komplette Bestandsaufnahme der Dienstwagen- und Nutzfahrzeugflotte, Gesamtkostenerhebung inkl. Spritkosten, Auslastung, Nutzungshäufigkeit, Kilometergelderstattungen privater PKW für Dienstfahrten, Feststellung des tatsächlichen Mobilitätsbedarfs und Berechnung des jährlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes
- 

## II. Motivation für Beschäftigte, auf den Umweltverbund umzusteigen, z.B.:

### a. Förderung des Radfahrens:

- Verbesserung der Abstellmöglichkeiten (Überdachung, ausreichend Plätze, „Käfig“)
- Duschen und Umziehräume für radfahrende Arbeitnehmer/innen
- Aufrüsten der Dienstradflotte, z.B. mit E-Bikes und robusten, bequemen, leichtgängigen und bergtauglichen (z.B. stufenlose Gangschaltung) Rädern
- Gewährleistung der permanenten Betriebsbereitschaft durch beständige Wartung der Räder
- Beteiligung an „Jobrad“ (Leasingsystem), sobald mit TvÖD vereinbar
- Sicherstellen der Verfügbarkeit der Diensträder an den wichtigsten Orten (Rathaus, G.-Stresemann-Ring, ...)
- Vorbild: Führungskräfte fahren Rad
- Anreize für Radfahrer/innen, z.B. Fahrradkarte (Gewinnspiel für Radfahrer/innen, vgl. Fa. Kärcher)
- Beteiligungen an Aktionen in Zusammenarbeit mit ADFC, Klimabündnis und Krankenkassen, z.B. „Mit dem Rad zur Arbeit“, „Stadtradeln“ etc.
- Service, z.B. Radzubehör, Luftpumpe, etc.

### b. Förderung von umweltfreundlicherem MIV (motorisierter Individualverkehr)

Für Bedienstete, die keine Möglichkeit haben auf den ÖPNV oder das Rad umzusteigen:

- Mobilitätsbörse für die Beschäftigten
- Wo möglich bevorzugte Parkmöglichkeiten für Fahrgemeinschaften und E-Autos
- Förderung der E-Mobilität durch Ladestationen (z.B. an Straßenmasten) in Zusammenarbeit mit dem Bestandsprogramm bei ESWE Versorgung
- Durchführung von Kursen zum Spritsparen und defensiverem Fahren

### c. Job-Ticket für alle städtischen Gesellschaften, sofern noch nicht gegeben

## III. Umweltfreundliche Ausrichtung der dienstlich bedingten Mobilität, z.B.:

- Implementierung eines Fuhrparkmanagements mit folgenden Aufgaben:
- Aufbau eines Fahrzeug- und Fahrradpools zur Optimierung der Auslastung
- Implementierung von Car-Sharing
- Prüfen von Kooperationsmöglichkeiten mit anderen großem Arbeitgebern, bzw. Nutzungsgruppen
- Beschaffung von umweltfreundlichen, emissionsarmen Dienst- und Nutzfahrzeugen, hierbei ist wegen der Öffentlichkeitswirkung besonderes Augenmerk auf die Auswahl der Fahrzeuge von Dezernent/innen und Geschäftsführer/innen zu legen (gutes Beispiel Opel Ampera von Stadträtin Möricke mit CO<sub>2</sub>-Ausstoß von 33 g/km gegenüber Audi A6 Avant 3.0 TDI von Stadtrat Dr. Franz mit CO<sub>2</sub>-Ausstoß von 156 g/km)
- Reiserichtlinien (Bevorzugung des jeweils umweltfreundlicheren Verkehrsmittels)

3. Der Magistrat wird gebeten, bei den laufenden Planungen, insbesondere zum VEP und WISEK, die aufgeworfenen Fragestellungen zu berücksichtigen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2015

Maritzen  
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .02.2015

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Nickel  
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .02.2015

Dezernat IV  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dezernat III  
Dezernat III/ESWE Verkehrs GmbH  
Dezernat II  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich  
Oberbürgermeister